

Peter Ruben

Die DDR und ihre Philosophen

Über Voraussetzungen einer Urteilsbildung¹

Der Redaktion der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* klagte Magdalene Schönhoff im März 1990: „... in diesen Wochen fühle sicher nicht nur ich mich im Stich gelassen. Ist die philosophische Elite dieses Landes verstummt?“² Das ist – in dieser Zeit beschleunigter Auflösung des gestern noch vermeintlich unverrückbar Gegebenen – lange her. „Dieses Land“, die DDR, besteht nicht mehr. Seine „philosophische Elite“, durch Nationalpreise gekennzeichnet und im *Philosophenlexikon* des Dietz Verlags in wohl kalkulierter Auswahl dem Publikum dauerhaft präsentiert, sieht sich einem Konkursverfahren gegenüber, in dem der Wert ihrer Unternehmung nach Kriterien ermittelt werden soll, die sie zwar gekannt, doch in ihrem Einflussgebiet nicht im Ernst hat gelten lassen. Aufgewachsen unter den Bedingungen kommunistisch geführter staatlicher Naturalplanung, selektiert nach den Gesichtspunkten der Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees der SED und über dreißig Jahre von Kurt Hager geleitet, hat sie nun ihre gewohnte hierarchische Ordnung verloren, steht atomisiert, verstört und in der Tat verstummt vor einem Berg von Trümmern, den sie als Produkt eigenen Tuns begreifen muss, soll Frau Schönhoffs Klage die Chance einer Antwort haben.

Die Umstände der Realisierung dieser Chance, so ist vernünftigerweise *zuzugestehen*, sind problematisch genug: Erstens ist der plötzliche Zusammenbruch des die Existenz jener „Elite“ garantierenden politischen und wirtschaftlichen Systems so gründlich, dass Benommenheit des Bewusstseins wie bei einem Kollaps diagnostiziert werden darf. Zweitens induziert der Verlust und die öffentliche Denunziation der gewohnten Hierarchie im Bewusstsein der freigesetzten Individuen jener „Elite“ die Rückerinnerung an die eigene Unterwerfung, so oder so praktiziert, wodurch sie sich in schöner Gleichheit mit allen Betroffenen wahrnehmen und recht genau notieren, wie sie dann und wann einen Kampf mit diesem oder jenem Hierarchen bestanden haben, dessen Sinn quasi in der Antizipation dessen bestanden hat, was jetzt erst mit Erfolg gekrönt worden ist. So nehmen sie sich nicht als Produzenten, vielmehr als Produzierte wahr, erzeugt durch ein System, das sie nicht gemacht, sondern vorgefunden haben, ein System, das das Vergehen gegen seine regulativen Grundsätze jederzeit mit dem Ausschluss aus der Gemeinschaft seiner Träger zu ahnden fähig gewesen ist. Drittens schließlich ruft die Entwertung und Peripherisierung der „Elite“ ein Gefühl der Apathie hervor, das die Anstrengung des Begreifens lähmt und die Entscheidung, sich nicht einzumischen und besser zu schweigen, für einen Ausdruck erreichter Weisheit zu halten nahelegt. Si tacuisses, philosophus mansisses, sagten die alten Römer. Hatten sie Unrecht?

¹ Erstveröffentlichung in: Dt. Z. f. Philos. 39(1991)1, S. 50–58. Druckfehler wurden korrigiert und eine Anpassung an die neue Orthographie vorgenommen.

² M. Schönhoff: Brief an die Redaktion der DZfPh. Heft 7/1990. S. 696.

Wie sich „die philosophische Elite dieses Landes“ nun auch immer künftig verhalten mag, diejenigen, die in der DDR so oder so Philosophie betrieben haben, stehen vor dem Problem, sich des Erbes zu versichern, das sie in kommende gesamtdeutsche philosophische Produktion nolens volens einzubringen haben. Als ein Beitrag zur näheren Bestimmung dieses Erbes sind die folgenden Überlegungen gedacht.

1

Ich meine nicht, dass es zur Beurteilung der DDR-Philosophie und ihrer Akteure hinreicht, ihr Dasein im etablierten System des nun vergangenen Staates zu thematisieren. Es darf nicht vergessen werden, dass die DDR-Philosophie während der Nazizeit in Deutschland auf den Weg gebracht worden ist, indem die Vertreter der Gründergeneration der DDR-Philosophie vom Naziregime verfolgt, geschlagen, gefangen gehalten oder ins Exil getrieben worden sind. Ihr Eintritt in die öffentlich unterhaltene philosophische Lehre und Forschung nach dem zweiten Weltkrieg ist mit der durch ihre Erfahrung der Vorkriegs- und Kriegszeit vermittelten und entschiedenen Absicht notwendig verbunden gewesen, die Resurrektion von Faschismus ist ein für allemal unmöglich zu machen. Und es versteht sich, dass derjenige Partner der Anti-Hitler-Koalition, der im Gebiet der später gegründeten DDR die politische Hoheit übernommen hatte, auch die Selektionsbedingungen bestimmte, unter denen philosophische Lehrämter besetzbar waren. Die Überzeugung, in der Sowjetunion und in der kommunistischen Partei die sichersten Garanten gegen die Wiederauferstehung des Faschismus zu wissen, determinierte die Konstituierung der Gründergeneration der DDR-Philosophie im Rahmen der Polarisierung, die der Kalte Krieg der Nachkriegszeit präsentierte. Diese Überzeugung, durch den Kampf der Roten Armee im zweiten Weltkrieg wohl begründet, ist durch den Herbst 1989 natürlich nicht widerlegt worden.

Die deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg – und damit auch die Geschichte der DDR-Philosophie – ist die historische Folge der mörderischen Aggression, die das nationalsozialistische Deutschland gegen die Völker Europas und der Welt unternommen hat. Wenn wir jetzt die Wiederherstellung der deutschen politischen Einheit in dem fast unglaublich kurzen Zeitraum von nur einem Jahr erfahren, so sollten wir zu keiner Stunde übersehen, wodurch ihr langjähriger Verlust verursacht worden ist. Und eben in diesem Verlust hat die DDR-Philosophie ihren historischen Platz. Die politische Spaltung der Deutschen, 1949 zwar vollendet, aber keineswegs begonnen, hat die DDR nicht als Irredenta eines nach der Eroberung verbliebenen Stammlands konstituiert, sondern als die deutsche Gestaltung einer Parteinahme, die wenigstens seit der Novemberrevolution von 1918 politisch präsent ist und die Vorstellung von der revolutionären Lösung der sozialen Frage zu verwirklichen versucht hat. Diese Parteinahme, seit 1919 in der internationalen kommunistischen Bewegung institutionell verfasst, hat ohne Zweifel zu einer geschichtlichen Änderung unserer Existenzbedingungen geführt, die der Herbst 1989 nicht als null und nichtig, sondern vielmehr als beendet und daher als gegebene Voraussetzung weiterer Entwicklung erklärt hat. In dieser historischen Veränderung sind DDR und BRD gegeneinander gekehrte Gestalten der deutschen

Nachkriegsgeschichte gewesen, deren wechselseitige Beziehung aufeinander gerade durch die gegenseitige Exklusion konstituiert worden ist. Diese Bestimmtheit gilt sicher auch für die DDR-Philosophie. Sie ist daher kein Fremdkörper in der deutschen Geistesgeschichte, sondern eine ihrer Nachkriegsgestalten, also Ausdruck des Geistes einer Zeit, die nun am Ende ist.

2

Das Bündnis der deutschen Kommunisten mit der Sowjetunion, in der Weimarer Republik mit idealistischer und geradezu emphatischer Deutung dieses Staats als der „ersten Macht der Arbeiter und Bauern“ ideologisch fundiert und nach dem zweiten Weltkrieg in schöner deutscher Devotion auch politisch wirksam realisiert, hat der DDR-Philosophie zweifellos den Rahmen ihres faktisch möglichen Daseins vorgegeben. Insofern ist die gegenwärtige subjektive Wahrnehmung, selbst weniger Produzent als vielmehr Produkt eines vorausgesetzten Systems zu sein, nicht so einfach von der Hand zu weisen. Die 1945 von den Alliierten durchgesetzten Zonengrenzen haben durchaus mitbestimmt, wie man danach östlich oder westlich der Elbe öffentlich philosophieren gekonnt hat. Jede Urteilsbildung, die dieses Faktum ignoriert, kann nur dilettantisch sein. Das System, das nun in Rede steht, ist in der Tat älter als die DDR-Philosophie. Es ist, wie ich es sehe, 1928 bis 1930 in der Sowjetunion durchgesetzt und im Gefolge der Niederlage Hitlerdeutschlands Schritt für Schritt in der zunächst sowjetischen Besatzungszone und dann Deutschen Demokratischen Republik übernommen worden. Was immer man über die DDR-Philosophie denken mag, sie muss im Kontext dieser geschichtlichen Lage beurteilt werden. Eine hurtige Thematisierung der Geisteswissenschaften in der DDR unter Ausschluss ihrer Einbettung in diese Lage liefert der Urteilsbildung sicher einen gedachten Gegenstand, nur nicht den, der wirklich zu begreifen ist.

Was mit dem Blick auf die DDR-Philosophen nach meinem Dafürhalten deren persönliche Verantwortung jenseits des vorgegebenen politischen Systems wirklich begründet, ist die subjektive Entscheidung für seine Verteidigung. Diese Entscheidung ist je nach dem erreichten Systemzustand und in Abhängigkeit von der persönlichen Disposition sehr verschieden motiviert und realisiert worden. Sie hat die Grundannahme als gültig unterstellt, dass die menschliche Emanzipation im Sinne der Konzeption von Marx durch die moderne Arbeiterschaft ins Werk gesetzt werde, die sich zu diesem Zweck als politisch kämpfende Klasse für sich formiere, um mittels der Eroberung der politischen Macht der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu setzen und die wahre menschliche Gemeinschaftlichkeit zu verwirklichen. Diese Vorstellung ist nicht mit Hilfe eines „ideologischen Apparats“ zum offiziellen Dogma gemacht worden, dem sich Philosophen, aus dem Staatshaushalt unterhalten, in ihrem Sprachgebrauch anpassen, um ungestört die selbst gewählten Themen dennoch zu behandeln. Sie ist die persönlich akzeptierte Meinung der Gründergeneration der DDR-Philosophie gewesen, gebildet auf Grund der Erfahrung ihres politischen Kampfes gegen die faschistische Barbarei.

Diese Sicht machte die DDR-Philosophen bereit, die politische Führung des historisch neuen Staatswesens durch die kommunistische Partei zu unterstützen, die natürlich unabhängig

von ihrem Zutun ausgemachte Sache gewesen war. Verstärkt wurde diese Unterstützung durch den geheimen und genuin philosophischen Hintergedanken platonischer Provenienz: Es mögen doch Philosophen Staatslenker sein. Das Bedürfnis, der wirklichen politischen Führung ein philosophisches oder wissenschaftliches Licht aufzustecken, war effektiv und virulent. Es trieb nicht wenige in die Nähe der Macht, wo zudem, wie die Erfahrung dann zeigte, obendrein auch Sicherheit gegen gewöhnliche Konkurrenz zu finden war. Wer die Protektion eines Politbürokraten gewonnen hatte, konnte die Imagination pflegen, jener Idee Platons ein wenig zur Realität zu verhelfen, und war andererseits sicher, nicht rücksichtslos zum Ziel ungehobelter Rezensionen, frecher Kritiken und sonstiger Auswüchse des so genannten wissenschaftlichen Meinungsstreits zu werden.

Im Gegenzug zu dieser Tendenz hat die kommunistische Partei, unter welchem Namen auch immer formiert, etwas geboten, was keine sonstige Partei im Gepäck ihres Selbstverständnisses hat, die Vorstellung nämlich, dass sie unter Voraussetzung des dialektischen und historischen Materialismus ihr Führungskonzept erarbeite, d. h. selbst eine bestimmte Philosophie zur geistigen Bedingung ihrer Tätigkeit mache. Eine politische Partei, die sich auf die Wissenschaft beruft, vermag durchaus Wissenschaftler zu finden, die sich eben dieser Partei verpflichtet sehen. Und da der Alltag politischer Tätigkeit ein kompliziertes Geflecht von Interessenabwägung und Entscheidungsfindung ist, bedarf die Aufklärung über den wirklichen Zusammenhang zwischen kommunistischer Partei und Wissenschaft der praktischen Erfahrung, die nur in hinreichender Dauer zu gewinnen ist.

Man könnte den DDR-Philosophen den Vorwurf machen, dass sie die tatsächliche Beziehung der kommunistischen Partei zur Wissenschaft am Gang bereits der Ereignisse in der Sowjetunion spätestens seit 1930 hätten wahrnehmen und studieren sollen. Ökonomie, Historiographie, Psychologie, Biologie und auch die eigene Disziplin, die Philosophie, waren darin gravierend betroffen. Aber es ist sicher, dass solche Wahrnehmung, solches Studium, wären sie im Sinne der Aufklärung öffentlich betrieben worden, den sofortigen Ausschluss aus den Reihen der Vertreter institutionalisierter Wissenschaft zur Folge gehabt hätten. Daher muss festgestellt werden, dass die DDR-Philosophie unter stillschweigender Anerkennung oder mindestens Duldung der Tabuisierung essentieller politischer Ausdrücke des Systems ausgebildet worden ist, das sie ermöglicht hat und von ihr verteidigt worden ist. Mit anderen Worten: Es muss eingestanden werden, dass die wissenschaftliche Attitüde, wahrnehmbare Phänomene für sich und objektiv zu thematisieren, mit Bezug auf das Verhalten der politischen Führungsinstitution des eigenen Systems von vornherein aufgegeben worden ist. Damit aber ist die DDR-Philosophie, so sehr in ihr auch Ideologien thematisiert worden sind, selbst unter ideologischem Kommando verwirklicht worden. Sie hat diese Tatsache mit der Eigenkennzeichnung, „wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse“ zu sein, durchaus ausgesprochen.

In diesem Zusammenhang muss das noch immer wirklicher Erklärung harrende Phänomen notiert werden, dass Intellektuelle jenseits der Grenzen der Sowjetunion bereit gewesen sind, die Moskauer Prozesse, die Spitze des Eisbergs, der auch die Wissenschaft getroffen hat, zu verharmlosen oder gar als Akte der Verteidigung des „ersten Staats der

Arbeiter und Bauern" zu deuten. Feuchtwangers *Moskau 1937* ist nur eines der vielen irritierenden Beispiele. Bloch, dessen Schüler zu sein, DDR-Philosophen sich zur Ehre anrechnen, hat jene Prozess- und Vernichtungssorgie nicht wesentlich anders als Feuchtwanger gesehen. In diesem Kontext steht auch die DDR-Philosophie.

3

Wenn in der Deutung der Arbeiterschaft als des Trägers der menschlichen Emanzipation der gemeinsame Fixpunkt des Selbstverständnisses der kommunistischen Partei und der DDR-Philosophie gegeben gewesen ist, so ist das wirkliche Resultat der Anstrengungen, dieser Vorstellung ein materielles Dasein zu geben, offenbar ihre Widerlegung. Die vermeinte revolutionäre Lösung der sozialen Frage, die von den kommunistischen Parteien überall, wo sie mit der Übernahme der Staatsgewalt im politischen Kampf siegreich gewesen sind, durch Enteignung und Ausschluss des inneren Markts versucht worden ist, hat zu einem Wirtschaftssystem geführt, das in Stagnation und volkswirtschaftlichen Substanzerfall geendet ist. Es ist also nicht die soziale Frage gelöst, sondern der Mangel national generalisiert worden. Die progressive Wirtschaftsentwicklung, realisiert in gesteigerter Produktivität und durch Ausbildung neuer Produktivkräfte, hat in nichtkommunistisch verfassten Wirtschaftssystemen stattgefunden. Sie aber ist die wirkliche Bedingung für die Lösung der sozialen Frage.

Wenn wir diese Feststellung akzeptieren, und ich sehe keine verständige Möglichkeit, ihrer Anerkennung auszuweichen, so ist die Aufhebung der DDR-Philosophie zum Moment künftiger deutscher philosophischer Produktion mit der Gretchenfrage verbunden: Wie halten wir es mit Marx' Vision: „Wie die Philosophie im Proletariat ihre *materiellen*, so findet das Proletariat in der Philosophie seine *geistigen* Waffen, . . .“³? Ist „die *Emanzipation des Menschen*“, ohne Zweifel philosophisches Thema, in der Tat so zu verstehen, dass als „*Kopf* dieser Emanzipation ... die *Philosophie*“ auftritt, während „*ihr Herz das Proletariat*“ ist? Gilt der Satz wirklich: „Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie“⁴? Die positive Beantwortung dieser Fragen hat die DDR-Philosophie in ihrer Grundlegung bestimmt. Das wirkliche Ergebnis der kommunistischen Wirtschaftsführung, vorausgesetzt, diese wird als Versuch beurteilt, Marx' Vision zu realisieren, besteht nicht in der menschlichen Emanzipation, sondern in der Subsumtion der Individuen unter nationale Gemeinwesen, repräsentiert durch kommunistische Partei- und Staatsführungen. In dieser Unterwerfung sind die Individuen nicht als Personen, d. h. als souveräne Vertragspartner in der Determination der sozialen Verhältnisse, sondern als Funktionäre anerkannt, die auf allerlei Inputs mit bestimmten Outputs zu reagieren haben. Und machen Individuen in solchem System ihre Persönlichkeit geltend, riskieren sie den Ausschluss aus der formierten Gemeinschaft bis

³ K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 1, Berlin 1957, S. 391

⁴ Ebd.

hin zur willkürlichen Aberkennung der Staatsbürgerschaft, im Extremfall bis zur Aburteilung als „Volksfeind“.

Man wird Marx nicht unterstellen müssen, dass seine Sicht der menschlichen Emanzipation auf die Unterwerfung der Individuen unter national verfasste Gemeinwesen hinausgelaufen ist. Zu deutlich ist aus seinen Texten wahrnehmbar, dass er „die Emanzipation des Menschen“ ohne die Freiheit der Person gar nicht in Erwägung gebracht hat. Dennoch ist wohl festzustellen, dass er in romantischer Verklärung der Gemeinschaftlichkeit in den vermögenslosen Lohnarbeitern diejenigen Akteure identifiziert hat, die das „wahre menschliche Gemeinwesen“ zu verwirklichen geschichtlich berufen sind. In dieser Identifikation ist, wie ich es sehe, eine Verwechslung der Gemeinschaft mit der Gesellschaft im Spiel, die auf der ebenso romantischen Denunziation des Handels, des Geldes, des Profits beruht.

Der junge Marx notiert auf Grund seines Studiums der zeitgenössischen Nationalökonomie: „Der *Austausch* ... ist = der *Gattungstätigkeit* und Gattungsg Geist, deren wirkliches, bewusstes und wahres Dasein die *gesellschaftliche* Tätigkeit und der *gesellschaftliche* Genuss ist.“⁵ Ich halte diese Feststellung nach wie vor für gültig und verstehe sie präzise in dem Sinne, dass der Austausch, vermittelt des Markts realisiert, diejenige Verbindungsart zwischen Menschen begründet, die wir „Gesellschaft“ nennen. Für Marx jedoch ist im selben Kontext klar, dass die Gesellschaft, „unter der Form des *Austauschs* und des *Handels*“ aufgefasst, nur die entfremdete Form des geselligen Verkehrs sei, die Präsentation des menschlichen Gemeinwesens „unter der Form der *Entfremdung*“. Das bedeutet einerseits, dass Gesellschaft und Gemeinschaft begrifflich nicht genau unterschieden werden, andererseits, dass die menschliche Emanzipation mit der Herstellung des „wahren Gemeinwesens“ der Menschen den Austausch transzendiert, daher die nichtentfremdete Gesellschaftlichkeit in der Gemeinschaft vorstellt. Diese Sicht ist nur unter der Bedingung verständlich, dass der Austausch an sich verdächtig wird. Und das ist in der Tat der Fall: „Die Absicht der *Plünderung*, des *Betrugs* liegt notwendig im Hinterhalt ... Reicht die physische Kraft hin, so plündere ich dich direkt. Ist das Reich der physischen Kraft gebrochen, so suchen wir uns wechselseitig einen Schein vorzumachen, und der Gewandteste übervorteilt den andern.“⁶

Es ist gar nicht zu bestreiten, dass der Handel als aufgehobene Plünderung historisch-faktisch auftritt. Ebenso wenig soll geaugnet werden, dass Händler unter entsprechenden Bedingungen den Rückfall in die Plünderung realisieren. Aber erschöpft dies die Bestimmtheit des Handels als der realisierten Gesellschaftlichkeit oder Sozialität? Meines Erachtens muss unter entwicklungstheoretischen Gesichtspunkten zugestanden werden, dass der Austausch nicht allein eine Veranstaltung des Gebens und Nehmens ist, sondern spätestens mit der Genesis der kapitalistischen Produktionsweise das Medium der Selektion wertbevorzugter Produkte und Dienste und daher Evolutionsbedingung. Überlegene Produktivkräfte erscheinen im Austausch vermittelt wertvollerer Produkte und Dienste, führen folglich zu Extraprofiten, und diese

⁵ K. Marx: Auszüge aus Mills „*Éléments d'économie politique*“. In: K. Marx/F. Engels: Werke, Erg.-bd. 1. Teil., Berlin 1968, S. 450f.

⁶ Ebd., S. 460f.

scheinen der naiven Anschauung Resultate der Übervorteilung zu sein. Nimmt solche Anschauung die Gewalt eines Volksvorurteils an, so kann sich die Mobilisierung gegen den Austausch überhaupt richten und hat im Falle des Sieges keine andere Chance, als ihn durch die Distribution in der Gemeinschaft zu ersetzen. Damit lässt sich zwar der Gegensatz zwischen arm und reich vermindern, aber die innovative Potenz der Produzenten bleibt auf der Strecke.

Es steht nun wohl zweifelsfrei fest, dass die moderne kommunistische Bewegung ihre politische Potenz gerade aus der Mobilisierung von Teilen der Arbeiterschaft gegen die „Herrschaft des Geldes“ und gegen die „Profitwirtschaft“ gewonnen hat. Sie hat auf diese Weise die soziale Frage dadurch zu lösen versucht, dass sie in der von ihr dominierten Gemeinschaft die im Austausch erscheinende Gesellschaftlichkeit aufgelöst hat, um sie durch zentral regulierte Zuteilung zu ersetzen. Sie hat also das Volksvorurteil gegen Geld, Zins und Gewinn in unserem Jahrhundert erneut praktisch durchgesetzt und damit eben jenes Ergebnis produziert, das nun über den Einsatz fremder Investoren aufgehoben werden soll. Es ist unbestreitbar, dass die in der Vergangenheit herrschende marxistische Marx-Interpretation genügend Textstellen namhaft zu machen fähig gewesen ist, in denen genau jene Lesart präsent ist, die das „wahre menschliche Gemeinwesen“ jenseits des Markts ideell ansiedelt. Insofern also Marx' Vision diese Leseart impliziert, wird die Aufhebung der DDR-Philosophie ohne vernünftige Marx-Kritik nicht zu haben sein. Einen ihrer Ansatzpunkte sehe ich in der deutlichen Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft mit dem Rückgriff auf den Unterschied zwischen Austausch und Produktion. In dieser Unterscheidung ist selbstverständlich das sozialtheoretische Erbe nicht länger unter Verwendung des bloßen Schlagworts „bürgerliche Wissenschaft“ von der Kenntnisnahme auszuschließen.

Natürlich ist mit der Behauptung, zur Aufhebung der DDR-Philosophie sei vernünftige Marx-Kritik unerlässlich, nicht die Befolgung der vulgären Parole „Marx ist Murks“ gemeint. Wie ich es sehe, hat Marx die Grundlegung einer entwicklungstheoretischen Ökonomie vorgenommen. Und auf ihre weitere Ausbildung wird man sinnvoll nicht verzichten wollen. Marx' Analyse der Arbeit mit dem Ergebnis der Bestimmung ihres Doppelcharakters wird wohl weiterhin Bestandteil unserer sozialwissenschaftlichen Erkenntnis bleiben. Sie wird diese Bedeutung umso mehr gewinnen, als die Marxsche Vorstellung vom Klassenkampf als dem wesentlichen Inhalt der menschlichen Geschichte durch die moderne kommunistische Bewegung ad absurdum geführt worden ist, als diese die „Verschärfung des Klassenkampfes“ bemüht hat, um sich gegen ihre alten Mitglieder zu wenden, Sündenböcke zur Erklärung der Folgen ihrer ökonomischen Fehlentscheidungen vorzustellen. Der Klassenkampf, der als politisches Phänomen gar nicht geleugnet werden soll, ersetzt nicht die Produktion. Und ihre Entwicklung wie die des Austauschs ist es, welche menschliche Geschichte bestimmen.

Für eine vernünftige Urteilsbildung über die DDR-Philosophie und ihre Träger ist, abgesehen von der Verständigung über die Gültigkeit der von ihnen akzeptierten Grundannahmen, sicher auch die Kenntnisnahme der entsprechenden Geschichte unbedingt Voraussetzung. Was in der Gegenwart ein bares Faktum zu sein scheint, erweist sich im historischen Kontext als durchaus problematischer Fall. Wer sich in der DDR der Philosophie verschrieben hat, in der Regel in jugendlichem Alter aus ganz gewöhnlichen Gründen des Erkenntnisgewinns, dem haben sich Karrieremöglichkeiten eröffnet, die vom Mitglied des Zentralkomitees der SED bis zum Insassen eines Zuchthauses reichten. DDR-Philosophen stehen für die Realisierung beider Extreme wie für die mannigfaltigen Zwischenlagen, die mittels Philosophiestudium erreichbar sind. Mit Blick auf diesen Sachverhalt ist die Präsentation der DDR-Philosophie als der Magd der kommunistischen Politik sicher verkürzt und in dieser Einseitigkeit falsch. Die DDR-Philosophenschaft erschöpft sich nicht in der „philosophischen Elite dieses Landes“, falls ich Frau Schönhoffs Kennzeichnung richtig deute. Sie hat sich mit jeder neuen Generation reproduziert und in dieser Reproduktion stets erneut den Konflikt zwischen Wahrheit und Parteilichkeit mit höchst verschiedenen Ergebnissen für die beteiligten Individuen ausgetragen. In dieser fortgesetzten Reproduktion ist das oben charakterisierte Grundverhältnis der DDR-Philosophen zur kommunistischen Partei (wie dieser Partei zu den Philosophen) zum Inhalt eines Experiments geworden, das durchaus neuartig gewesen ist und dann im Herbst 1989 sein definitives Resultat für jedermann feststellbar erreicht hat: Die fromme Annahme von der möglichen Herrschaft der Philosophie im Staate, wenigstens von der Bildungsfähigkeit oder Belehrbarkeit der herrschenden Politbürokraten ist eine bare Illusion. Die Berufung der kommunistischen Partei auf den dialektischen und historischen Materialismus ist über die Berufung des ihn im Lehramt darstellenden Kaders zur Subsumtion der Philosophie unter die Interessen der Führungskaste geworden.

Dieser Zustand ist nicht von Anfang an gegeben gewesen, sondern erst hervorgebracht worden. Bedenkt man, dass 1951 an der Berliner Humboldt-Universität die Philosophie in den Rang eines Hauptfachs erhoben worden ist, dass 1956 an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin eine Arbeitsgruppe Philosophische Studententexte gegründet worden ist, aus der 1961 das Philosophische Institut dieser Akademie hervorgegangen ist, dass an den Universitäten in Leipzig, Halle und Jena die philosophische Lehre unverdrossen betrieben wird und auch in Dresden, Greifswald und Rostock Heimstätten hat, so ist natürlich festzuhalten, dass das fragliche Experiment die notwendige Bedingung, philosophische Forschung und Lehre überhaupt institutionell zu sichern, nolens volens eingeschlossen hat. Das ist keine Kleinigkeit, wenn man in Rechnung stellt, dass eine a priori bezweckte Unterwerfung der Philosophie unter die Ideologie der kommunistischen Partei am einfachsten zu haben ist, wenn die Philosophie zum Parteischulfach deklariert wird. Das ist zwar auch geschehen, hat aber nicht zur Liquidation ihrer akademischen Existenz geführt, sondern zur regulierten Konkurrenz zwischen beiden Institutionen. Damit ist der Konflikt zwischen philosophischer Produktion akademischer Provenienz und der gleichen Produktion im Parteauftrag de facto anerkannt gewesen, die Differenz zwischen Wissenschaft und Politik durchaus unterstellt.

Die Geschichte der DDR-Philosophie ist die Geschichte der Entwicklung dieser Differenz. Hat noch der Slánský-Prozess im November 1952, dessen deutsche Kopie durch den 17. Juni 1953 verhindert worden ist, in der Philosophengemeinde der DDR mitunter kuriose Phänomene hervorgebracht, so sind die Jahre von 1956 bis 1958 bereits einschneidend gewesen. Der kurze Sommer der DDR-Philosophie, eingeleitet mit der Freiheitskonferenz im März 1956 in Berlin, ist mit dem zweiten Einmarsch der Sowjetarmee in Budapest am 4. November 1956 beendet worden. Was folgte, war die Denunziation und willkürliche Identifikation so genannter „partei- und staatsfeindlicher Gruppen“ auch unter Philosophen und selbst unter Philosophiestudenten, die zuvor das Bedürfnis nach der Kenntnisnahme marxistischer Philosophie erst aus dem deutschen Westen an die Humboldt-Universität getrieben hatte. Zuchthaus und „Bewährung in der Produktion“ wurden Stationen für Philosophiebeflissene, die das Jahr 1958 als einen Wendepunkt in der Geschichte der DDR-Philosophie ausweisen. Die nach 1956 möglich scheinende Gestaltung eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen den DDR-Philosophen und der regierenden Partei zerbarst am polizeistaatlichen Eingriff. Für die weitere Entwicklung war geklärt, dass jede künftige philosophische Bemühung mit der Anpassung an die artikulierten Interessen der Parteiführung zu rechnen hatte. Und da die Artikulation gewöhnlich durch den Ersten oder Generalsekretär des Zentralkomitees der herrschenden Partei vorgenommen wurde, hatte die mehr oder weniger passende Zitatensammlung in philosophischen Texten eine zunehmende Heimstatt. Sie diente der Ab- und Rückversicherung wie dem Nachweis der Ergebenheit. Schließlich, das muss man wohl sagen, entwickelte sich das Zitatenunwesen zur Erfüllung einer Art festen Solls, dessen Erfüllung von konkurrierenden Zensoren durchaus geprüft und im Falle der Nichterfüllung als Nachweis zweifelhafter Parteilichkeit gebraucht worden war.

Diese Situation der DDR-Philosophie, 1961 durch den Bau der Mauer zementiert, der es in Konflikte geratenen Philosophen unmöglich machte, sich durch einen einfachen Grenzübergang dem Zugriff zu entziehen, ist dann in den 60er Jahren auf Grund der einsetzenden Reformdebatte mit ihrem Höhepunkt zwischen 1962 und 1965 erheblich gelockert worden. Die Konstruktion des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ hat eine Diskussion des Zusammenhangs von Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht, die man in den 80er Jahren nur noch mit Verwunderung nachlesen konnte. Die Philosophen haben sich mit den Fachwissenschaften befassen können, und bereits 1959 ist an der Humboldt-Universität ein Lehrstuhl für Philosophische Probleme der Naturwissenschaften eingerichtet worden, dem nicht wenige DDR-Philosophen ihre Graduierung verdanken. Sein langjähriger erster Inhaber, Hermann Ley, durch und durch aufklärerisch gesinnt und mit den politischen Mechanismen wohl vertraut, hat seinen Promovenden nicht ohne Erfolg die Mysterien des Wegs, „um ein Parteiverfahren heranzukommen“, verdeutlichen können. Und Parteimitglied zu sein, ist im Allgemeinen ja in der Tat Bedingung einer philosophischen Karriere gewesen. Mit dieser Bedingung ließ sich in der Reformatmosphäre der 60er Jahre philosophisch leben, sofern die Spielregeln beachtet wurden.

Das tat Robert Havemann nicht, als er im Wintersemester 1963/64 seine Vorlesung „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ an der Humboldt-Universität

hielt. Prompt fanden sich Verfasser einer „Kurzen Einschätzung der Rede Havemanns in Leipzig 1962 und seiner Vorlesungen an der Humboldt-Universität Berlin 1963/64“, die man nun in der Edition von Dieter Hoffmann nachlesen kann.⁷ „Sumpf des Revisionismus und Anarchismus“, Vorbereitung „konterrevolutionären Schmutzes“ nach der Art des Petöfi-Zirkels in Ungarn, Beschimpfung der „Mitglieder der Parteiführung als Schädlinge und Dogmatiker“, so lauten die Vorwürfe der Autoren und charakterisieren damit die Gefahrenzone, der sich kein DDR-Philosoph nähern durfte, wollte er nicht seinen Beruf aufs Spiel setzen. Robert Havemann ist seinen Weg gegangen, 1966 sogar aus der Mitgliedschaft der Akademie ohne Rücksicht auf ihr Statut gestrichen worden und hat damit exemplarisch demonstriert, dass natürlich auch in den 60er Jahren die Entscheidung des Jahres 1958 in Geltung geblieben ist. Sie hat bedeutet, dass das Beharren auf dem Standpunkt der Person im Konfliktfall die Einsamkeit und Isolation zur Folge haben wird, die nicht jedermanns Sache ist. Sie hat daher bedeutet, dass die DDR-Philosophie gar nichts anderes mehr als eine Philosophie auf Knien hat sein können.

Wie 1956 die Intervention in Ungarn, so hat 1968 die Intervention in Prag der DDR-Philosophie den politischen Rahmen ihres Daseins nachdrücklich demonstriert. Die Verteidigung der „Arbeiter-und-Bauern-Macht“ blieb zwar der Einigungsgrad der DDR-Philosophen mit der regierenden Partei. Aber was ist in dieser Macht wirklich präsent, wenn sie mit nun schon erkennbarer Regelmäßigkeit stets die eigene Bevölkerung durch Panzergebrauch zu der Ordnung ruft, die die politische Führung namens der „historischen Mission der Arbeiterklasse“ für angemessen hält? Diese Frage hat die Intervention von 1968, wie ich meine, endgültig provoziert und damit das naive Streben, die Vereinigung mit der kommunistischen Partei nicht sorglos in Gefahr zu bringen, gebrochen. Der philosophische Verstand hat sich angesichts der militärischen Macht auf den Zynismus eingelassen und fortan in einer doppelten Welt gelebt, der öffentlichen hier, der privaten dort. DDR-Philosophen haben die Tragödien, die sich unter ihren Kollegen in Prag abspielten, natürlich gekannt – und keine Rettung gesehen.

Der Übergang von der Ulbricht- zur Honecker-Administration hat dann wohl für einen Augenblick nochmals die Hoffnung genährt, dass die politisch-ideologische Beutelung der Philosophie mit einem Eintritt in sozusagen neue Sachlichkeit gemildert werden könnte. Diese neue Sachlichkeit währte nur kurz und erwies sich sehr bald selbst als ideologische Leere, von Kurt Hager mit der Proklamation der Leninschen Schrift *Materialismus und Empiriokritizismus* als des geltenden philosophischen Katechismus ausgefüllt. Um 1975 ist dann so gut wie allen Mitgliedern der DDR-Philosophengemeinde klar gewesen, dass die mit Beginn der DDR-Philosophie gesetzten Erwartungen in das Bündnis der kommunistischen Partei mit der Wissenschaft unerfüllbar bleiben werden – jedenfalls bei der gegebenen Partei- und Staatsführung. Daher hat sich jedes Mitglied dieser Gemeinde nach seinen persönlichen Bedingungen eingerichtet, das nach seinem Dafürhalten Beste daraus zu machen. Der Widerstand gegen die Etablierung philosophischer Monopolbildungen, fein vermittelt Reisekaderbestimmungen und diverser Ratsbildungen aufeinander abgestimmt, ist gering

⁷ R. Havemann: *Dialektik ohne Dogma?* Aufsätze, Dokumente und die vollständige Vorlesungsreihe zu naturwissenschaftlichen Aspekten philosophischer Probleme. Hrsg. v. D. Hoffmann. Berlin 1990

geblieben. Die Hoffnung auf eine Änderung kraft der Gewalt der Biologie der Menschen hat vornehmlich das Bewusstsein der jüngeren Generation beherrscht, die bereits die Auseinandersetzungen zwischen den Älteren nicht mehr als ihre Sache betrachtet hat. In dieser Endstellung ist die DDR-Philosophie vom Herbst 1989 eingeholt worden und harrt nun der Verwertung, die aussteht.

5

Zum Abschluss dieser Skizze möchte ich bemerken, dass der durch den ökonomischen und politischen Zusammenbruch des modernen Kommunismus ermöglichte Durchbruch zu einer demokratischen Verfassung seinen zivilisatorischen Impetus nur dadurch realisieren kann, dass das Problem der Verantwortung strikt unter Voraussetzung der Person gestellt und gelöst wird. Urteile, die Gruppenverurteilungen sind, kennen wir zur Genüge; sie sind widerlich und keine Aufhebung des Prinzips, von dem wir uns verabschieden müssen. Der Geschichte der DDR-Philosophie liegt das Verhalten von Individuen zugrunde, denen es nicht vergönnt gewesen ist, die freie und rechtlich sichere Entfaltung ihrer Persönlichkeit betreiben zu können. Eingemauert und in ihren Auslandskontakten von der Gnade ihrer Chefs abhängig, haben sie die bedrohliche Provinzialisierung, Gift für die Wissenschaft, erlitten und sehen sich nun mit der Gefahr der Entwertung konfrontiert. Das ist eine Situation, die durchzustehen viel Charakterstärke verlangt. Sie wird nicht durchgestanden, wenn Pauschalverurteilungen den Inhalt der sehr wohl nötigen Urteilsbildung ausmachen. Eine zivilisierte Verabschiedung der Vergangenheit kann das nicht sein.

Selbstverständlich gibt es Verantwortliche für den Zustand, in den mit dem DDR-Unternehmen überhaupt auch die DDR-Philosophie hineingeführt worden ist. Sie sind als Personen haftbar. Und es muss ihnen die freie Entscheidung zugestanden werden, diese Verantwortung zu erfassen und die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Dazu brauchen sie Zeit. Und die ist in diesen Tagen der Anstrengung, die neuen Produktionsbedingungen hervorzubringen, knapp. Das Verstummen der „philosophischen Elite dieses Landes“, so beklagenswert es sein mag, ist verständlich, wenn man die Gründlichkeit der Umwälzung in Rechnung stellt, die wir erleben. Es bleibt nur zu hoffen, dass es eines nicht zu fernen Tages nicht durch Bekenntnisse, sondern durch Erkenntnisse abgelöst wird.